

POSTULAT von Martin Bornhauser (SP, Uster)

betreffend Spezialfond für konfiszierte Drogengelder

Der Regierungsrat wird eingeladen, alle wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz durch die Gerichte und Strafbehörden eingezogenen Gelder einem Spezialfonds zuzuführen, aus welchem Einrichtungen der Drogenprävention, der Drogenhilfe und der Überlebenshilfe gezielt unterstützt werden können.

Martin Bornhauser

Peter Stirnemann

Dr. Leo Gehrig

Urs Kaltenrieder

Liselotte Illi

Heidi Hofmann

Peter Oser

Ruedi Keller

Susi Moser-Cathrein

Heini Bloch

Barbara Marty Kälin

Walter Linsi

Regine Aeppli Wartmann

Franz Cahannes

Regina Bapst-Herzog

Dr. Ulrich E. Gut

Dr. Balz Hösly

Dr. Marlies Voser

Franziska Troesch-Schnyder

Crista Weisshaupt Niedermann

Begründung:

Im Strafverfahren wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz wird der Erlös aus Drogenhandel regelmässig eingezogen. Ist der Erlös nicht mehr vorhanden, entsteht eine Ersatzforderung zu Gunsten des Staates. Die eingezogenen Gelder fliessen regelmässig den allgemeinen Einnahmen des Staates zu und unterliegen keiner Zweckbindung. Eine Ausnahme bilden lediglich durch ausländische Justizbehörden konfiszierte Gelder, welche dem Kanton Zürich als Entgelt für Rechtshilfeweise erbrachte Handlungen hin und wieder zufließen. Diese werden in den Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus eingelegt.

Die bestehende Regelung soll insofern geändert werden, als alle wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz durch die Gerichte und Strafbehörden eingezogenen Gelder einem Spezialfonds zugeführt werden. Diese Einlagen sollen dann für die Bekämpfung der direkten Folgen des Drogenkonsums eingesetzt werden, insbesondere zur Unterstützung von Einrichtungen der Drogenprävention, der Drogenhilfe und der Überlebenshilfe.

Zur Zeit bemühen sich im Kanton Zürich verschiedene Stellen um die Realisierung des Konzepts Dezentrale Drogenhilfe, wie es vom Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich erarbeitet wurde. Es sieht Hilfseinrichtungen für Schwerstdrogenabhängige in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Tagesstrukturen vor. Haupthindernis für eine rasche Realisierung der dringend erforderlichen Einrichtungen ist die Beschaffung der finanziellen Mittel. Die finanziellen Engpässe könnten weitgehend beseitigt werden, wenn die postulierte Änderung realisiert würde.